

149/2004

Stuttgart, den 17.05.2004

Grüne unterstützen Forderung des Nachhaltigkeitsbeirats:

Mit Flächenzertifikaten gegen den Bodenfraß

Palmer: Bisheriges Instrumentarium ist wirkungslos – Landesregierung in der Defensive

Mit dem im Umweltplan formulierten und immer wieder bekräftigten Ziel, den Flächenverbrauch in Baden-Württemberg zu reduzieren, ist die Landesregierung gescheitert. Der von der Landesregierung eingesetzte Nachhaltigkeitsbeirat, der die Umsetzung des Umweltplanes überwachen soll, hat erst kürzlich festgestellt, dass dieses Ziel mit den bestehenden Instrumenten des Planungsrechts allein nicht erreicht werden könne. Vielmehr müsse die Landesregierung „neue Wege einschlagen“, wenn sie – so der Vorsitzende des Nachhaltigkeitsbeirats Dr. Peter Fritz – eine „Trendumkehr einleiten will“. Die vom Beirat als „unerlässlich“ bezeichneten neuen Instrumente, die Einführung so genannter handelbarer Flächenzertifikate, haben die Grünen mit einem Antrag im Landesparlament jetzt zur Debatte gestellt.

Die Stellungnahme der Landesregierung zeigt jedoch, dass im Umweltministerium gar nicht daran gedacht wird, dem Flächenverbrauch im Lande tatsächlich zu Leibe zu rücken. Boris Palmer, umweltpolitischer Sprecher der Grünen: „Die Landesregierung lobt seitenweise ihre bisherigen Leistungen, obwohl der Nachhaltigkeitsbeirat genau diese

Maßnahmen als gescheitert ansieht.“ Die von der Landesregierung genannten Argumente gegen handelbare Flächenzertifikate – verfassungsrechtlich und planungspolitische Bedenken, Regulierungs- und Bürokratieaufwand – bezeichnete Palmer als vorgeschoben: „Offensichtlich nimmt die Landesregierung den Nachhaltigkeitsbeirat nicht ernst. Denn die Rechtsfragen wurden in einem separaten Gutachten geprüft und berücksichtigt.“

Palmer forderte die Landesregierung auf, das Instrument der Flächenzertifikate einer ernsthaften Prüfung zu unterziehen. „Der Flächenverbrauch nimmt rasant zu, und die Landesregierung schaut hilflos zu. Der Nachhaltigkeitsbeirat hat eine Lösung des Problems präsentiert, an die sich das Land nicht herantraut. Statt Bedenken vorzutragen, sollte die Landesregierung ein zweites Gutachten zur Umsetzung in Auftrag geben.“

Richtig ist nach Auffassung der Grünen allerdings, dass der Zertifikatehandel als restriktives Instrument durch positive Anreize zum Flächensparen ergänzt werden muss. Als Beispiel nennt Palmer die Grunderwerbssteuer. „Wer auf der grünen Wiese baut, kommt wesentlich besser weg als der Erwerber eines Altbaus, weil die Grunderwerbssteuer an den Kaufpreis gebunden ist. Wir fordern daher eine Abschaffung dieser Steuer. Wir müssen auch steuerlich Anreize schaffen, damit nicht immer neue Baugebiete benötigt werden.“

Mit Hilfe der Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes muss außerdem wirksam gegen weitere Flächenzerschneidungen vorgegangen werden, so Palmer weiter. Während die Landesregierung noch immer keinen Entwurf zur Anpassung des Landesnaturschutzrechts an die neuen bundesrechtlichen Regelungen vorgelegt hat, haben die Grünen bereits vor Wochen eigene Gesetzesvorschläge eingebracht. Die Zahl der großen unzerschnittenen Landschaftsräume, für den Artenerhalt und für die Qualität ökologischer Rahmenbedingungen unabdingbare Voraussetzung, hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten drastisch abgenommen. Die aktuellen Zahlen des Artenrückgangs – ein Drittel aller Säugetiere steht auf der Roten Liste – haben die Notwendigkeit des Eingreifens noch einmal unterstrichen. Palmer: „Wir sind gespannt, ob der Landesregierung dabei mehr einfällt als beim Kampf gegen den Flächenverbrauch. Und der nimmt – nicht zuletzt wegen der Untätigkeit der Landesregierung - derzeit weiter zu, zwischen 11 und 12 Hektar pro Tag.“